

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Abonnement monatl. (rei Haus 2,50 M., Halbmonat. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachpost Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Expedition: Dresden-Alt., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Einzel-Anzeigen wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Freitag den 24. Mai 1929

Nummer 118

Ein Manöver der deutschen Schwerindustrie Bögler zurückgetreten!

Berlin, 24. Mai.

Der Vertreter der deutschen Schwerindustrie und zweite Hauptdelegierte für die Reparationsverhandlungen in Paris, Generaldirektor Dr. Bögler, ist zurückgetreten. Er begründet dies offiziell damit, daß die neuen Vorschläge der Ententemächte die deutsche Wirtschaft dermaßen belasteten, daß er keinesfalls dazu seine Zustimmung geben könne. Die wirklichen Ursachen sind aber andere. Bekanntlich steht Bögler seit jeher während der Reparationsverhandlungen unter schwerstem Druck der Schwerindustrie bzw. ihres deutschnationalen Flügels. Die Reichsregierung berichtete in diesem Zusammenhang schon vor einigen Wochen über die Besprechung in der Villa Hügel Krupp von Bohlen-Halbach zwischen Schacht, Bögler und den reichsten Vertretern der Schwerindustrie, Ritter und Thyssen. Diese machten in dieser Sitzung noch mehrmals ihren ganzen Einfluß geltend bezüglich der Vertretung der schwerindustriellen Interessen bei den Reparationsverhandlungen in Paris. Ihrem Druck ist es auch zuzuschreiben, daß jetzt der Rücktritt Böglers erfolgte.



Bild links: General-Direktor Bögler



Bild rechts: Der Nachfolger Böglers, Geheimrat Rast, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie

In der Niederlegung des Mandats durch Bögler spiegelt sich deutlich der Kampf zwischen dem deutschnationalen und völksparteilichen Flügel der Schwerindustrie um die Vorherrschaft in der Führung in der deutschen Bourgeoisie wider. Dies wird unterstrichen durch die Ernennung des Delegierten Rast zum zweiten Hauptdelegierten, der genau wie Bögler der Deutschen Volkspartei angehört, der genau wie Bögler der Deutschen Volkspartei angehört, der genau wie Bögler der Deutschen Volkspartei angehört, der genau wie Bögler der Deutschen Volkspartei angehört.

Der Rücktritt Böglers unter dem Druck Hugenberg und des völksparteilichen Flügels der Schwerindustrie geschah aber auch deshalb, um sich vor der Verantwortung für die Tributen zu brüden. Man will sich gegenüber seinen deutschnational-völksparteilichen Anhängern nicht mit dem Rast bei Zustimmung belasten und sich alle Agitationsfreiheit vorbehalten.

In Paris wird inzwischen weiter verhandelt. Die völksparteiliche Presse bringt heute offen zum Ausdruck, daß ein Abbruch der Verhandlungen infolge der neuen Forderungen der Alliierten nicht zu denken sei, trotzdem alle Mächte einmütig feststellen, daß die im Youngplan festgesetzte Jahresannuität von 2050 Millionen Mark im Jahre weit überschritten und tatsächlich der alten Forderung der Ententegläubiger von 3198 Millionen Mark jährlich sehr nahekommt.

Natürlich macht die bürgerliche, insbesondere die Reichsregierung, in schärfster Opposition gegen die Annahme der neuen Vorschläge der gegnerischen Sachverständigen. So schreibt z. B. die Woz:

„Es verzieht sich vor selbst, daß die deutsche Delegation dieses Anbittens mit aller Energie zurückweisen wird. Sie vertritt, wie bereits gemeldet, den Standpunkt, daß durch diese Wiederforderung auch ihre eigene Bindung an den Youngplan gefährdet worden ist, hofft aber, daß die Alliierten-Sachverständigen im Laufe der weiteren Verhandlungen selbst zur Einräumung der Unbilligkeit ihrer Forderungen kommen werden.“

Und das Berliner Tageblatt erklärt in einem Leitartikel:

„Wo ist der Ausweg? In einem abermaligen deutschen Nachgeben kann er nicht liegen; denn man braucht sich nach den Vorschlägen der letzten 48 Stunden keine Illusionen mehr darüber zu machen, daß ein Plan, wie der von den Gläubigern vorgeschlagene, im Reichstage keine Mehrheit finden kann, selbst wenn sich die Sachverständigen oder die Erzherrn, die an ihre Stelle treten würden, zur Unterschrift hergeben.“

Die D. A. Z., wie die gesamte Reichsregierung, macht natürlich schwarz in schwarz und glaubt dadurch auf die Ententemächte einen Druck ausüben zu können.

Die Pariser Konferenz befindet sich ohne Zweifel wieder im letzten Stadium, ja, man kann sagen, daß der Höhepunkt der Krise erreicht ist. Der Entschluß Dr. Böglers, zurückzutreten, ist ein einflussvoller Beweis für diesen kritischen Zustand. Wir sehen nicht, wie die Verhandlungen überhaupt

noch zu einem guten Ende geführt werden sollen, wenn die Gegenseite auf ihrem Alles- oder Nichtsstandpunkt beharrt.“

Das Regierungsorgan, der Vorwärts, zeigt jedoch deutlich in seinem Kommentar, daß die deutsche Delegation früher oder später den neuesten Vorschlägen der Alliierten seine Zustimmung geben wird.

„Gerade jetzt brauchen die deutschen Delegierten für ihre Entscheidungen, die rein verhandlungsmäßig gefaßt werden müssen, einen kühnen Kopf und ein ruhiges Urteil... Sachlich scheinen die Differenzen nicht mehr so groß, daß sie nicht bewältigt werden könnten. Sollte die Bewältigung den Delegierten nicht gelingen, so wäre es die Aufgabe der Regierung, sich in direkten Verhandlungen über die offengebliebenen Punkte zu verständigen.“ (!)

Die Verhandlungen gehen weiter

Paris, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern vormittag hatte Dr. Schacht eine längere Unterredung mit Owen Young, worauf gestern nachmittag eine Unterredung der deutschen Delegierten mit den Vertretern der Gläubiger stattfand. Dr. Schacht machte auf die Punkte aufmerksam, die nach seiner Meinung eine Verständigung unmöglich machen. Das offizielle Kommuniqué über diese Aussprache betont, daß irgendwelche Beschlüsse nicht gefaßt wurden. Die Gläubigervertreter werden nunmehr ihre Delegation über den deutschen Standpunkt unterrichten, worauf die Besprechungen weitergehen werden. Inzwischen werden die Verhandlungen zwischen Dr. Schacht, Owen Young und Jofia Stamp geführt.

Die Kapitulation wird vorbereitet

Eingeständnis des Bankrotts

Berlin, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Memorandum der Alliierten ist gestern abend in Berlin eingegangen und wird in den nächsten Tagen den Gegenstand von Besprechungen der Reichsregierung bilden. Die Haltung der bürgerlichen Presse ist heute morgen schon eher auf die unvermeidliche Kapitulation eingestellt. Von „unannehmbar“ ist keine Rede mehr. Die Deutsche Allgemeine Zeitung überschreibt ihren Bericht mit: „Schacht antwortet den Gläubigervertretern“, die Fortsetzung: „In Paris wird weiter verhandelt“, und das Berliner Tageblatt spricht nur von den Rechenkünsten der Gläubigerdelegierten. Der Vorwärts stellt fest: „Man ist also wieder einmal sehr weit von der erhofften Endlösung entfernt. Da die Alliierten jedoch selbst ihr Memorandum nicht als Ultimatum betrachten, bleibt für die weiteren Verhandlungen und für die Hoffnung, daß man trotz alledem noch den Boden für eine allgemeine Verständigung finden wird, noch genügend Spielraum.“

Außenpolitische Rundschau

Die Geheimnisse der Reparationskonferenz

Je näher das Ende der Pariser Sachverständigenkonferenz heranrückt, um so klarer treten ihre eigentlichen Ziele zutage, um so weniger lassen sich ihre bewegenden Ursachen verheimlichen. Das Märchen von der unpolitischen Sachlichkeit dieser „Sachverständigen“ wurde von den kläglichen Vertretern des Deutschen Reiches in ihrer Bedrängnis des öfteren zerstört; jetzt, nach dem offensichtlichen Eingriff der amerikanischen Regierung in den Gang der Pariser Ereignisse, kann es keinen Augenblick länger aufrechterhalten werden. Denn dieser Eingriff Hoovers und der übrigen Vertreter des amerikanischen Imperialismus in die Verhandlungen der Sachverständigen, im entscheidenden Stadium der ganzen Konferenz, bedeutet nicht etwa ein Entgegenkommen der Vereinigten Staaten Deutschlands gegenüber, wie es mancher Optimist annehmen möchte. Es ist dies vielmehr eine drohende Geste des machtlusternsten Dollar-Imperialismus Europa und in erster Linie England gegenüber, mit der darauf aufmerksam gemacht werden soll, daß ohne Amerikas Zustimmung und Kontrolle auf wirtschaftlichem und darüber hinaus auf weltpolitischem Gebiete nichts geschehen könne.

Wenn man in Deutschland von einem Entgegenkommen der Vereinigten Staaten spricht, so geschieht dies hauptsächlich, um dieses in propagandistischer Weise für eine „straffe Staatsautorität“ und gegen die „kostspielige Sozialpolitik“, insbesondere gegen die Arbeitslosenunterstützung auszubehalten. In einem „demokratischen“ Berliner Organ wird dies besonders deutlich ausgesprochen, wo ein „führender Kopf der deutschen Finanzwelt“ erklärt: „Nur mit der kapitalistischen Wirtschaftsform wird man imstande sein, Tribute in einer Höhe zu zahlen, wie wir sie viele Jahre hindurch zahlen sollen. Wer jetzt die Verpflichtung zu diesen Tributen auf sich nimmt, identifiziert sich mit der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsform.“

Daß es aber sich bei der gesamten Reparationsfrage letzten Endes um eine Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, also auch zwischen der kapitalistischen Welt und der Sowjetunion handelt, ist gleichfalls eines jener Geheimnisse, die nun von imperialistischer Seite offen eingestanden werden. Ein französisches Wirtschaftsblatt erklärt hierüber in seiner Rußlandbeilage unter anderem: „Durch die endgültige Lösung der Reparationsfrage... werden Europa und Amerika in die Lage versetzt, nach Beendigung der finanziellen Wiederaufrichtung Europas zum russischen Problem überzugehen, dessen Lösung notwendig ist zur vollen Normalisierung Europas. Im Gefolge der internationalen Solidarität, welche im Prozeß der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Reparations- und Schuldenfragen hergestellt wurde, kommt unvermeidlich ein besseres Verständnis des russischen Problems und konkretisiert sich die Idee der einheitlichen ökonomischen Front im Verhältnis zur Sowjetunion... Die zu organisierende Weltbank kann eine mächtige Waffe der ökonomischen Einheitsfront gegenüber der U.S.S.R. werden... Diese Bank muß neue und elastische Systeme suchen, zur endgültigen Liquidierung des Krieges. Wie bekannt, figuriert unter diesen Systemen der Plan einer Zusammenarbeit der Alliierten, Amerikas und Deutschlands mit dem Ziel der Wiederherstellung Rußlands.“ Wir hatten nie die geringsten Zweifel darüber, daß die Reparationskonferenz keine Sachverständigenangelegenheit, sondern ein weltpolitisches Ereignis erster Größe sei. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß der eigentliche Sinn dieser Reparationsverhandlungen die Kriegsvorbereitung sei, in erster Reihe eine Verschärfung der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion, aber auch eine Verschärfung der imperialistischen Gegensätze selbst, namentlich zwischen Amerika und England. Jetzt wird diese Annahme von allen Seiten bestätigt. Noch gärt und brodet es innerhalb des kapitalistischen Systems mit seinen Gegensätzen und Widersprüchen und schon muß es den entscheidenden Kampf mit den Kräften des Sozialismus aufnehmen. Es wird sich ja bald zeigen, ob die „internationale Solidarität“ des Finanzkapitals und der verbündeten Reformisten hinreicht, um mit dem offenen Kampf gegen die Sowjetunion, gegen das Land des sozialistischen Aufbaus und seinen Schutzbund, die wertvollen Massen aller Länder, schon jetzt zu beginnen, ehe die eigenen Gegensätze ausgeglichen sind.

Die Front gegen Sowjetrußland

Was das beherrschende Thema auch der Reichstageskonferenz der kleinen Entente, deren Haltung immer recht klar die Stimmung und die politische Linie ihrer imperialistischen Gönner und Beschützer widerspiegelt. Der Hauptgönner der kleinen Entente, Frankreich, ließ aber durch seine Presse bei Beginn der Konferenz mit ganz besonderer Schärfe gegen Rußland mobil machen. Dieser Wink genügte und außer dem bisherigen Hauptvertreter der Antisowjetpolitik innerhalb dieses Gebietes, Rumänien, stellte sich diesmal auch der jugoslawische Partner zu unterstreichen, daß er durchaus geneigt sei, diese mitzumachen, während